

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter

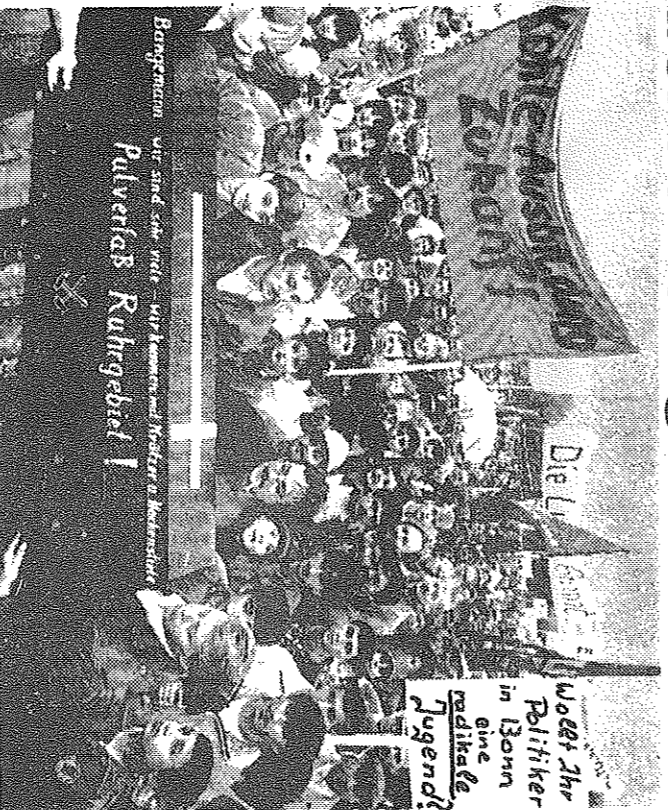
Nr. 95 – November 1987

80 Pfg. – Soldatartikelpreis: 2,- DM

Inhalt	
Börsenkrach und die Folgen	Seite 3
Interview mit Marx/Engels/Luxemburg zum Irsee-Programm	Seite 4
Jugendkampagne	Seite 8

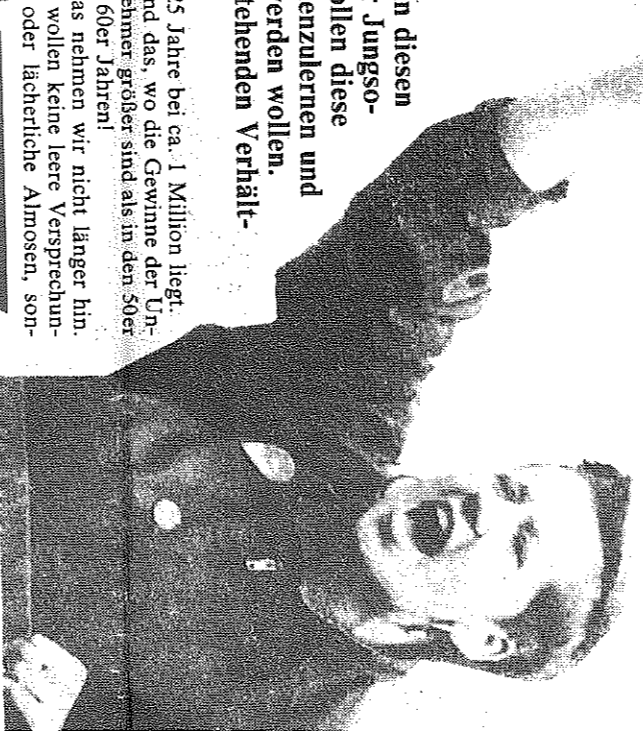
Jugend für Sozialismus

Wer sich nicht lebt verkehrt! Werde aktiv bei den Jungsozialisten



Jugendliche Demonstranten – es gibt viele Gründe, gegen das System aktiv zu werden.

Wehrt!



In vielen Städten der BRD finden in diesen Wochen Jugendveranstaltungen der Jungsozialisten statt. Alle Jugendlichen sollen diese Gelegenheit nutzen, die Jusos kennenzulernen und sich überlegen, ob sie nicht aktiv werden wollen. Denn Gründe, etwas gegen die bestehenden Verhältnisse zu tun, gibt es genug.

Jugendliche in der Schule sehen sich Verschärfungen des Abiturs gegenüber. Lehrermangel und Jugendarbeitslosigkeit steigen auch den Ausbildungsplatz, 1/4 dagegen nur ein teilqualifizierten in Berufsschulen, 6% gehen ins Berufsvorbereitungsjahr, 14% gehen leer aus.

In der Ausbildung selbst werden meistens Hungerlöhne gezahlt, so daß Jugendliche noch abhängig von den Eltern sind. Oft ist es auch so, daß sie zuhause Geld abgeben müssen, weil die Eltern zu wenig verdienen. Streiken ist ihnen verboten. Viele werden nach der Ausbildung nicht übernommen, so daß die Zahl der Arbeitslosen

bis 25 Jahre bei ca. 1 Million liegt. Und das, wo die Gewinne der Unternehmen größer sind als in den 50er und 60er Jahren!

Das nehmen wir nicht länger hin. Wir wollen keine leere Versprechungen oder lächerliche Almosen, sondern



- Arbeit für alle durch entsprechende Verkürzung der Wochenarbeitszeit.
- Übernahme aller ausgetretenen Auszubildenden in ihren erlernten Beruf (Unternehmer, die nicht ausbilden, sollen zahlen; mit dem Geld Schaffung von Lehrstellen für alle Schulabgänger!
- 1000 DM Mindesteinkommen für alle Auszubildende! Wiedereinführung des Schütler- und Studentenbafögs ohne Darlehensanteil und Erhöhung

Die Jungsozialisten sind der gendverband der SPD. Die Versammlung sind offen, das heißt: Jeder, sich noch nicht entscheiden will, in SPD einzutreten, kann trotzdem teilnehmen, mitdiskutieren, sich Aktionen beteiligen. Bringt Eure Interessen, Meinungen und Forderungen ein.

Helft mit, die Jusos zu einem kämpferischen, sozialistischen Jungorganisationenverband zu machen.
Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen Ausverkauf verhindern!

Überall in Europa scheinen sich die Regierungen des Kapitals einig zu sein: Der Verkauf von staatlichen Betrieben an freie Unternehmer sei die Lösung vieler Probleme. Ob Öl, Post, Gesundheitswesen in Großbritannien, Automobilindustrie in Frankreich, Bahn, Post und VW in der Bundesrepublik. Mit dem Verkauf dieser staatlichen Bereiche – entweder ganz oder teilweise – sollen die Haushalte saniert werden, den Kunden wird besserer Service und mehr Auswahl versprochen. Und dadurch, daß ein Teil der Aktien dem Volk angeboten werden, soll es uns kleinen Leuten ermöglicht werden, in den „erlauchten“ Club der Aktionäre aufgenommen zu werden.

Daß letzteres gar nicht so erstrebenswert ist, hat sich beim Börsenkrach am „Schwarzen Montag“ gezeigt – mal ganz abgesehen davon, daß ein paar Aktien noch keinen Millionär machen.

Aber auch die anderen Versprechen haben einen Pferdefuß. Denn was heißt freies Unternehmertum? Daß nichts anderes zählt als der Profit.

Und das bedeutet:
– Großabnehmer erhalten bessere Tarife als Kleinverbraucher. So ist z.B. bei der Post zu erwarten, daß ein privatisierter Telephonbereich die Gebühren für Ortsgespräche verteuern wird, aber die für Ferngespräche verbilligen, wie jetzt schon in Großbritannien.
Streichungen und Verteuerungen

– Nichts läuft mehr, wenn es sich nicht lohnt. So zu beobachten im Busbahnverkehr, wo jetzt schon 48% der Leistungen von privaten Unternehmen gefahren werden. (Bis 1992 sollen es 60% werden!) Die Fahrpläne werden zusammengestrichen, oft werden ganze Strecken stillgelegt. Wer da auf dem Land lebt und kein Auto hat, ist verloren.

– Die Arbeitsbedingungen werden schlechter. Es gibt mehr Schichtarbeit und vor allem Dingen: Durch Rationalisierung und Stilllegung werden viele Arbeitsplätze wegfallen.

Und dann dieses Argument: „Durch den Verkauf bauen wir Staatsschulden ab.“ Sicher bringt der Verkauf erst mal Geld ein. Aber: Verkauf werden nur profitabile Bereiche (welcher Unternehmer hätte da wohl auch sonst Interesse dran?). Die Defizite darf weiterhin der Steuerzahler tragen. So soll z.B. bei der Post das teure Fernmeldernetz staatlich bleiben, die Nutzung jedoch durch Privatfirmen erfolgen.

Betroffene Gewerkschaften und Belegschaften machen jetzt mobil gegen die Pläne der Bundesregierung. Am 10. September folgten 25.000 Eisenbahner dem Aufruf ihrer Gewerkschaft GdED nach Bonn. Es gab Proteste der Postler sowie Warnstreiks und Demonstrationen von 60.000 Arbeitern bei VW. Wenn die betreffenden Gewerkschaften ihre Aktionen fortsetzen, am besten gemeinsam, und wenn wir alle sie dabei unterstützen, können wir die Regierung des Kapitals noch zum Rückzug zwingen!

Tim Kuhlmann, Remscheid
Mitglied der GdED

Abschluß der Jungsozialisten-Jugendkampagne

Jugendveranstaltung mit ROCKKONZERT

am Samstag, 5. Dezember 1987, in Nürnberg, Frankenhalle, Einlaß ab ca. 14.00 Uhr
nachmittags Jugendkongreß, Diskussionskreise, Ausstellungen, Juso-Arbeitsgemeinschaften stellen ihre Arbeit vor
abends Rockkonzert

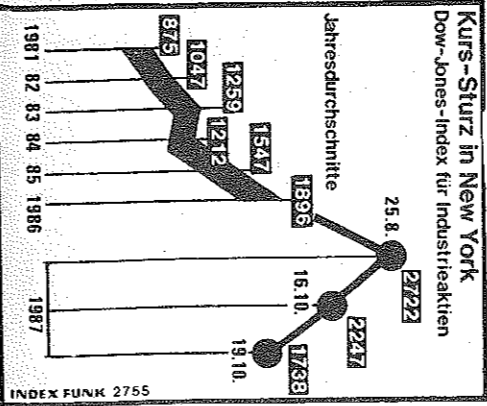
Organisiert Busse; beteiligt Euch an den Ausstellungen zur AG-Arbeitsgemeinschaften

„Schwarzer Montag“ an der Börse Kapitalistischer Aufschwung auf tönernen Füßen

Der Bösenkrach im Oktober hat der Welt des Finanzkapitals und ihren Strategen einen nachhaltigen Schock versetzt. Parallelen zum „Schwarzen Freitag“ von 1929 drängten sich auf, der eine tiefe Depression der Weltwirtschaft nach sich zog. Damals fiel an der Wall Street der Dow-Jones-Index, der die Kurse der 30 wichtigsten Industriek Aktien der USA anzeigt, an einem Tag um 12,8%.

Dieser Rekord wurde am 19. Oktober diesen Jahres sogar noch übertroffen. Der Dow-Jones fiel um 22,6%, nämlich von 2246 Punkten auf 1738 Punkte. Fast alle Börsen der Welt erlebten an diesem und den folgenden Tagen die tiefsten Tageseintrüche ihrer Geschichte.

Für die Börse kam dieser Schlag scheinbar aus heiterem Himmel. Erst Anfang 1987 feierte Wall Street das Überschreiten der 2000-Punkte-Marke beim Dow-Jones. Im August erreichte er mit 2722 seinen historischen



Kurs-Sturz in New York
Dow-Jones-Index für Industriek Aktien

- durch den Fall der Rohstoffpreise, die heute auf dem Niveau der 30er Jahre stehen; dadurch verbilligten sich die Rohstoffimporte der Industrieländer, das allgemeine Preisniveau konnte dort relativ stabil gehalten werden - allerdings zu Lasten der Dritten Welt.

Die USA stopften ihr Haushaltsdefizit, indem sie durch Hochinspolitik Kapital aus aller Welt anzogen. Dadurch stieg der Dollar, der schließlich völlig überwertet war. Die USA waren mit dieser Politik die Lokomotive der Weltkonjunktur. Die Wachstumsraten Europas z. B. gingen zum großen Teil auf das Konto verstärkter Exporte in die USA. Die Kehseite der Medaille: ein ständig gewachsenes Handelsbilanz-Defizit der USA (1986: 156 Mrd. Dollar).

Höhenflüge an den Börsen

Hoher Dollar-Kurs, Preisstabilität und Wachstumsraten (wenn auch, auf auch der Hintergrund für die noch nicht dagewesenen Höhenflüge an den Börsen in den letzten Jahren. Doch die Leistungskraft einer Wirtschaft in Brutto-Produkt an der Ausweitung der Industrieproduktion, der Basis für allen wirtschaftlichen Reichtum, und der Investitionsquote. Die Investitionen in die Industrie stiegen aber während des ganzen Aufschwungs nur minimal. Produktionskapazitäten wurden abgebaut oder nicht voll ausgenutzt. Da es in vielen Branchen nur wenig Ausblicken auf steigende Absatzmärkte gab und die Profitraten (d.h. das Verhältnis von eingesetztem Kapital zum Gewinn) nicht hoch genug erschienen, legten die Unternehmer ihr Kapital lieber anderweitig an: bei Banken, in Devisen- und Aktienspekulationen, in Firmenaufkäufen. Die Rekorddifferenz bei Firmenaufkäufen oder Aktienkursen waren deshalb keines-

Höchststrand, die Börsenmakler peilten schon die Traum-Marke von 3000 Punkten an.
Doch für Marxisten kam dieser Einbruch alles andere als überraschend. VORAN hat immer wieder erklärt, daß der kapitalistische Aufschwung der letzten 5 Jahre mit seinen schwächlichen Wachstumszahlen auf wackeligen Beinen steht (vgl. VORAN Nr. 89).

Aufschwung „auf Pump“

Schon 1985 zeigten die wichtigsten Wirtschaftsdaten bedenklich nach unten. Damals wurde der Einbruch der Rezession künstlich hinausgeschoben: - durch eine enorme Steigerung der staatlichen Ausgaben der USA, besonders im Rüstungssektor, die ein riesiges Haushaltsdefizit nach sich zog (1986: 220 Mrd. Dollar).

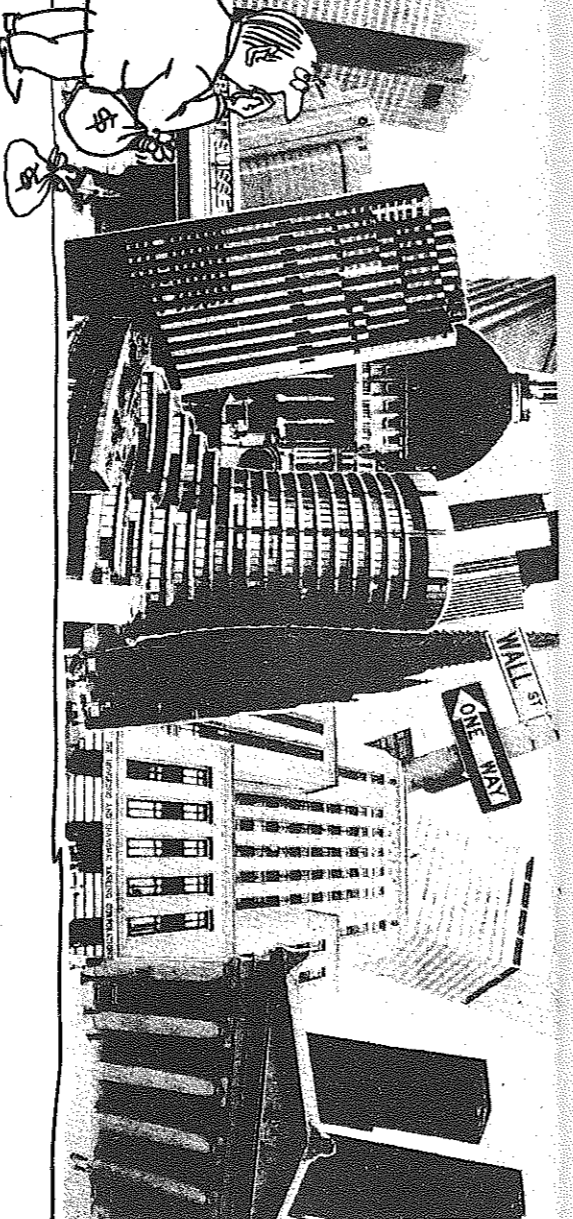
Bundeskongreß der Jungsozialisten in Castrop-Rauxel:

Verparpte Chancen trotz guter Möglichkeiten

Hauptthema des diesjährigen Jungsozialkongresses in Castrop-Rauxel war die Position der Jungsozialisten zum neuen SPD-Grundsatzprogramm. Die innerparteiliche Diskussion um den Irseer Programmewurf bietet den Jungsozialisten eine hervorragende Möglichkeit, in der SPD für ein sozialistisches Programm zu kämpfen. Auf der Grundlage der historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung, einer marxistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft,

den Lehren der sozialberaten Regierung und der Serie von Wahlniederlagen der SPD kann die Notwendigkeit eines sozialistischen Parteiprogramms deutlich gemacht werden.
Der Irseer Entwurf bleibt voll im Rahmen des kapitalistischen Systems und stellt kaum einen Fortschritt dar (siehe VORAN Nr. 92). Statt einen eigenen Entwurf zum Grundsatzprogramm zu diskutieren, beschloß der Bundeskongreß nur Verbesserungs-vorschläge zum Parteientwurf. Sie zei-

wegen ein Zeichen für eine gesunde Wirtschaft, sondern im Gegenteil für mangelndes Vertrauen des Kapitals in die industrielle Entwicklung.
Spekulationen
Die Aussicht auf den schnellen Gewinn an der Börse ließ die Aktienkurse in schwindelerregende Höhen steigen, die oft in keinem Verhältnis mehr zur tatsächlichen Leistungsstärke der betreffenden Unternehmen standen. Die Zahl der Dollar-Milliardäre verdoppelte sich 1986 in den USA. Man sprach bereits von einer „Casino-Gesellschaft“. Die Kapitalisten betätigten sich überwiegend in parasitären Spekulationen.
Das Ausmaß der Spekulationsgewinne läßt sich auch daran ablesen, daß die Kapitalanlagen allein am Tag des tiefsten Börsensturzes, am 19. Oktober Verluste in Höhe von 1100 Milliarden Dollar hinnehmen mußten. Das ist so viel wie die gesamte Verschuldung der Dritten Welt!
Die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und damit die Schwäche und Labilität des Booms der letzten Jahre - das ist die eigentliche Ursache der hektischen Ausschläge an den Weltbörsen. Die unmittelbar ausbleibenden Faktoren waren dagegen zweitrangig (weiterer Fall des Dollars, Zinsrückgang der Bundesbank, schlechte Monatsergebnisse in der US-Handelsbilanz). Sie haben den Kapitalanlegern nur signalisiert, daß es offenbar keine Strategie zum Abbau des amerikanischen Haushalts- und Handelsdefizits



gibt, daß die internationale Kooperation zur Ausweitung der Absatzmärkte zu wünschen läßt.

Druck auf Europa

Dem die US-Regierung versucht seit geraumer Zeit, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft zu stärken und ihre Probleme auf Kosten der anderen Industrieländer zu lösen. So ließ sie den Dollar bewußt fallen (die Abwertung betrug in den letzten einhalb Jahren 40%), wodurch sich die US-Waren auf dem Weltmarkt verbilligten. Sie übten Druck aus, durch verstärkte staatliche Ausgabepolitik die Rolle der Lokomotive in der Weltwirtschaft zu übernehmen. Dadurch hofften die USA, ihr Haushaltsdefizit abzubauen und ihre Waren auf den weiteren Märkten in Europa und Japan absetzen zu können. Doch z. B. die Bundesregierung zeigte bisher wenig Bereitschaft, durch höhere Staatsverschuldung die Probleme der USA lösen zu helfen. Entsprechend den Dechungelgesetzen der kapitalistischen Konkurrenz steigen die Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten bei stagnierenden oder künftigen schrumpfenden Weltmärkten, der Kampf um Marktanteile spitzt sich zu.

Perspektiven

Was bedeutet nun der Börsenkrach für die weiteren weltwirtschaftlichen Perspektiven? Glaubt man den Beschworungen der Politiker und der meisten bürgerlichen Medien, so war alles gar nicht so schlimm; es handle sich um normale Ausschläge und Risiken an der Börse, die Wirtschaft sei „im Kern gesund“. Doch diese Beruhigungsspielen sind überwiegend Propa-

ganda. Tatsächlich war es ein tiefer psychologischer Schock, der das Vertrauen des Kapitals in die wirtschaftliche Zukunft nachhaltig erschüttert hat. Könnte man bisher von der Möglichkeit eines weiteren Vorwärtsfolpers des mickrigen Booms bis ins Jahr 1989/1990 ausgehen, so hat der Börsenkrach diese Aussichten verschlechtert. Erst ein Wendepunkt in der Entwicklung und dann der Einbruch der Rezession vielleicht schon im nächsten Jahr bedeuten; einer Rezession, die tiefer sein könnte, als bisher zu erwarten war.
Lediglich durch umfassende internationale Zusammenarbeit, durch verstärkte Staatsverschuldung vor allem in Europa und Japan könnte diese Entwicklung noch einmal künstlich hinausgeschoben werden.
Ob dies in Anbetracht verschärfter internationaler Konkurrenz gelingt, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Doch das würde bedeuten: Der danach fällige wirtschaftliche Einbruch könnte sich - verbunden mit einem enormen Inflations Schub - zu einer regelrechten Depression, vergleichbar der in den 30er Jahren, auswaschen.

Auswirkungen

Wie sich die Wirtschaftspolitikler und -strategen auch immer drehen und wenden mögen: Die nächste Rezession kommt bestimmt, und sie wird in jedem Fall tiefer als alle bisherigen der Nachkriegszeit sein.
Alle Juso-AGs sollten dieses Thema in den nächsten Wochen auf die Tagesordnung setzen und diskutieren. Denn es wird Auswirkungen auf das Bewußtsein von Arbeitern, Parteien und Gewerkschaftsmitgliedern haben. Die Erwartung eines fortwährenden Aufschwungs, eines Ausbaus der „Zweitmittel-Gesellschaft“, einer wachsenden Schicht von „Yuppies“ und Mittelständlern - all dies wird sich als das erweisen, was es immer war: Illusionen, die auf kapitalistischen Sand gebaut sind.
Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Im Grundsatzantrag zum Irseer Entwurf heißt es:
„Wir erwarten... die Verständigung auf ein konsequentes Reformkonzept mittlerer Reichweite. Hierdurch sollen programmatische Grundlagen für linke Hege-monie und Mehrheitsfähigkeit in den 90er Jahren gefunden werden.“

Damit werden Illusionen in die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems verstärkt. Denn ein konsequentes und dauerhaftes Reformprogramm braucht eine stabile wirtschaftliche Grundlage. Der Kapitalismus wird aber in den 90er Jahren in eine tiefe wirtschaftliche Krise geraten.

Nur VORAN-Unterstützer machen in ihren Redebeträgen klar, daß es die Pflicht von uns Jungsozialisten wäre, die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung in der Partei, der Arbeit-

Rechtswende

des Bundesvorstandes

terbewegung und der Jugend zu erklären. Wir müßten deutlich machen, daß die drängenden Probleme wie Austrittslosigkeit usw. nur ernsthaft angegangen werden können, wenn das Kapital entmachtet wird und die Mehrheit der Bevölkerung - die Arbeiterklasse - die Gesellschaft demokratisch bestimmt. Und zwar nicht nur in Grundsatzpapieren, die in irgendwelchen Akenschränken verstauben, sondern in der täglichen Arbeit müssen diese Positionen anhand konkreter Probleme erklärt werden.

Zwischen den großen Fraktionen, den „Undogmatischen“ und dem „Hannoveraner Kreis“ gab es fast nur noch organisatorische Querelen. Politische Unterschiede sind seit der fortschreitenden Rechtswende der „Hannoveraner“ immer nebensächlicher geworden. Die „Hannoveraner“ stehen heute offen zum Reformismus, den sie früher zurecht vehement kritisierten. Und die „Undogmatischen“ begriffen genau diese Rechtswende:



Juso-Werbestaffleiter: „Sonderstark Sozialismus?“

Juso-Werbestaffleiter: „Sonderstark Sozialismus?“

penliche Anbiederung an angebliche Jugendkultur

„Interview“ mit Marx, Engels und Luxemburg zum Irseer Programmentwurf

„Ein neues Programm sollte keinen Rückschritt enthalten.“

Voran: Der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Irseer Entwurf und Parteiogrammen zu Earlier Zeit besteht darin, daß heute ein klares Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie abgegeben wird, in die der demokratische Sozialismus eingebracht werden soll. Es heißt: „Die Bundesrepublik ist unser Staat.“ Was ist Euerer Position dazu?

Engels: Wie jede andere Regierungsform, so wird auch die Republik durch das bestimmt, was ihren Inhalt ausmacht. Es ist deshalb eine ganz unverzählige Illusion, sie ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten. Wir können ihr Konzessionen erteilen, aber sie niemals mit der Ausführung unserer eigenen Aufgaben betrauen.

Voran: Dann stimmt es also nicht, wenn der Irseer Entwurf behauptet: „Danke der politischen Demokratie ist unser Staat kein Klassenstaat mehr.“

Engels: Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel

Voran: Warum habt Ihr in Eueren Schriften so stark den Klassencharakter des Staates betont?

Marx: Weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die „Verwirklichung der Idee“ oder das im Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebietet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und

bestimmten Höhepunkt erreicht, dann fangen an die Interessen der Bourgeoisie als Klasse und die der ökonomischen Evolution auch im kapitalistischen Sinne auseinanderzugehen.

Voran: Was bedeutet das für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft?

Marx: Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann. Das politische Werkzeug ihrer Verklawung kann nicht als politisches Werkzeug ihrer Befreiung dienen.

Voran: Wie hat die Pariser Kommune gehandelt?

Marx: Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen.

greifung der Arbeiterklasse als Ziel aus den Programmen der SPD verschwand?

Luxemburg: Man dachte, es ist nun nötig, die alte Regierung zu stürzen, eine sozialistische Regierung an die Spitze zu stellen, dann werden Dekrete erlassen, die den Sozialismus einführen. Das war wiederum nichts als eine Illusion. Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muß die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden.

Voran: Wie soll diese sozialistische Umgestaltung vor sich gehen?

Engels: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befriert es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmten Plan wird nunmehr möglich.



Voran: Und wie war die Kommune aufgebaut?

Marx: Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.

Voran: Worin liegt der Unterschied zwischen Parliamentswahlen und den Wahlen der Pariser Kommune?

Marx: Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, daß Gesellschaften, ebensogut wie Einzeln, in wirklichen Geschäftsfällen gewöhnlich den rechten Mann zu finden und, falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gutzumachen wissen.

Voran: Der Irseer Entwurf ist in Bezug auf die Staatsfrage das genaue Gegenteil Ihrer Ansichten. Wie kam es, daß im Laufe der Zeit die politische Machter-

Voran: Können dann intern Abkommen und Schiedsentscheidungen wie die UNO internationale Kriege und militärische Auseinandersetzungen verhindern?

Luxemburg: Der Schiedsgericht nicht nur utopisch, sondern gefährlich und schädlich, weil er Illusionen den möglichen Sinn und die nützliche Wirksamkeit diplomatischer Verhandlungen erweckt; gefährlich und utopisch, weil er die politische Orientierung der Massen, ihre Einsicht in die Zusammenhänge und Trends der Entwicklung verbaut und weil er die Aufmerksamkeit der Tatsachen vom Arbeiter allein ablenkt. Woran die Arbeiter allein ankommt.

Voran: Wir denken, daß es der SPD ist, offen und eindeutig die Aufstufung anzuzurufen.

Luxemburg: Aber diese Politik nicht darin bestehen, daß die sozialistischen Parteien jede für sich oder gemeinsam auf internen Konferenzen um die Weite Fere machen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie auskügelten, wie die Friedens schließen soll, um die friedliche und demokratische Evolution zu ermöglichen. Alle Formen, die etwa auf die völlige Stützung, Abrüstung und dergleichen hinauslaufen, sind samt und sonders utopisch, solange die kapitalistische Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält.

Voran: Der Irseer Entwurf gibt res Bekenntnis ab zur Bundeswehr heißt: „Die Bundeswehr darf nur a desverteilung dienen.“

Luxemburg: Hier haben wir als Basis der ganzen politischen Forderung jene famose Unterscheidung zwischen Verteidigungskrieg und Angriffskrieg. Was ist in der Verteidigungskrieg? Wer wird er nehmen, mit Sicherheit von einer Seite zu behaupten, er gehört zu oder jener Kategorie? Und vieles es für die Diplomate eines Militäres, durch einfache Lücken und Tücken einen schwachen Gegner zum / zu zwingen, wenn ihm selbst der erwünscht ist?

Voran: Der Irseer Entwurf b sich zu den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidaris Enges: „Beseitigung aller so und politischen Ungleichheit“ is eine sehr bedenkliche Phrase statt hebung aller Klassenunterschied Voran: Wie steht es mit der Gerecht Verteilung des gesellschaftlichen lums?

Marx: Was ist „gerechte Verteilung Behaupten die Bourgeoisie nicht, d heutige Verteilung „gerecht“ ist ist sie in der Tat nicht die einzig rechte“ Verteilung auf Grundlaha heutigen Produktionsweise? W die ökonomischen Verhältnisse Rechtsbegriffe geregelt, oder ent gen nicht umgekehrt die Rechtsv nisse aus den ökonomischen? Voran: Ist die Begründung des lismus durch Grundwerte dann e scher Ansatz?

Luxemburg: Die Begründung d zialismus durch moralische Gertzeitsbegriffe, der Kampf gegen di teilungsweise statt gegen die Pr tionsweise, die Auflassung der Kl gegenätze als Gegensatz von art rech, ist schon einmal dagesewese. Aber nachdem einmal die Ent lung des Klassenkampfes selbst u ner gesellschaftlichen Bedingungs Absterbung dieser Theorien u Formulierung der Grundätze de senschaftlichen Sozialismus gehat, kann es – wenigstens in De land – keinen Sozialismus mehr dem Marxschen, keinen sozialist Klassenkampf außerhalb der Soz mokratie geben. Nunmehr sind S lismus und Marxismus, proletar Emanzipationskampf und Sozialid krate identisch.

Voran: Welche Bedeutung ha Grundsatzzprogramm für die SPD? Friedrich Engels: Im allem Manfried: Engels: Sozialismus von der Ufop Wissenschaft, Ursprung der Familie, des P getums und des Staates; Marx: Kritik des Programms, Bürgerkrieg in Frankreich, 18 manfried: Luxemburg: Gesamtheit Werke, Ba

Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.

Voran: Die Existenz des Staatsapparates ist also das Eingeständnis der Gesellschaft, daß sie eine Klassengesellschaft ist?

Engels: Er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlöslichen Widerspruch mit sich selbst entwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstrebenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgeragene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltigen Kühnen Schritt getan zu haben; wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.

Voran: Die schonungslose Kritik an der bürgerlichen Demokratie kann aber doch nicht heißen, daß Marxisten die demokratischen Rechte nicht verteidigen.

Rosa Luxemburg: Zunächst ist der heutige Staat die Organisation der herrschenden Kapitalistenklasse. Wenn er im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung verschobene Funktionen von allgemeinem Interesse übernimmt, so nur, weil und insofern diese Interessen mit den gesellschaftliche Entwicklung der Klasse im allgemeinen zusammenhängen. Der Arbeiterschutz z.B. liegt ebenso sehr im unmittelbaren Interesse der Kapitalisten als Klasse wie der Gesellschaft im Ganzen. Aber diese Harmonie dauert nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt der kapitalistischen Entwicklung. Hat die Entwicklung einen

Diese Seiten wurden zusammengestellt von Beck, Stuttgart, SPD-Mitglied. Die Zitate von Marx, Engels und Luxemburg sind aus folgenden Schriften: Kommunismus Manifest; Engels: Sozialismus von der Ufop Wissenschaft, Ursprung der Familie, des P getums und des Staates; Marx: Kritik des Programms, Bürgerkrieg in Frankreich, 18 manfried: Luxemburg: Gesamtheit Werke, Ba

Vor 80 Jahren:

Internationaler Sozialistenkongress in Stuttgart

Vom 18.-24. August 1907 fand in Stuttgart der 7. Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. 884 Delegierte, Vertreter von sozialistischen Parteien und Gewerkschaften nahmen an diesem historischen Ereignis teil. Darunter waren die prominentesten Vertreter der Arbeiterbewegung: Bebel, Kautsky, Mehring, Luxemburg, Liebknecht, Zetkin, Lenin, Trotzki, Jaures, Adler, Vandervelde.

Beschlüsse, Verlauf und Stimmung des Kongresses sowie der Massenkundgebung am Nachmittag des Eröffnungstages gehören zu den Glanzzeiten in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Wer die Protokolle liest, wird neidisch. Wo finden heute noch Kongresse mit solch leidenschaftlichen und politisch niveauvollen Debatten statt?

Im Nachhinein betrachtet liefert dieser Sozialistenkongreß von 1907 eine Erklärung für den heutigen Zustand der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien. Hinter den Meinungsverschiedenheiten von 1907 verbarg sich bereits die Kluft zwischen Marxismus und Reformismus.

Der Marxismus setzte sich in den Resolutionen von 1907 durch. Der Reformismus stieg in der praktischen Politik. Und im Laufe der Zeit gelang es den reformistischen Kräften sogar, den Marxismus aus den Resolutionen und Grundsatzprogrammen zu verbannen. Zum Verständnis des Sozialistenkongresses von 1907 und der nachfolgenden Entwicklung ist es notwendig, die Geschichte des letzten Vertrets des 19. Jahrhunderts zu betrachten.

Imperialismus

Im späten 19. Jahrhundert hatte der Kapitalismus aufgehört, im nationalstaatlichen Rahmen eine fortschrittliche Rolle zu spielen. Die Produktivkräfte waren bis zum Punkt der Überproduktion entwickelt. Eine sozialistische Gesellschaft wäre bereits ab diesem Zeitpunkt fähig gewesen, die Gesellschaft harmonisch weiterzuentwickeln. Die Arbeiterklasse war jedoch noch nicht in der Lage, eine sozialistische Umgestaltung durchzuführen. Die Bourgeoisie versuchte, mit den Wirtschaftskrisen auf ihre Art fertig zu werden. Sie zog von ihren nationalstaatlichen Stützpunkten hinaus in die ganze Welt. Überschüssige Waren und Kapital wurden exportiert. Der Weltmarkt wurde geschaffen. Um die Jahrhundertwende war die Welt unter den kapitalistischen Großmächten aufgeteilt. Jede Neuaufteilung mußte zu Kriegen führen, denn Krieg ist die Fortsetzung des internationalen Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln.

Massenparteien

Die imperialistische Entwicklung des Kapitalismus bedeutete für die Arbeiterklasse in Europa eine neue Stufe ihrer Entwicklung. Wie Marx vorausgesehen hatte, entstanden auf der Grundlage einer wachsenden Arbeiterschaft Massenorganisationen des Proletariats. Dies bereitete den Aufbau einer neuen Internationale auf höherer Ebene vor. Die Zweite Internationale wurde auf dem theoretischen Fundament des Marxismus aufgebaut und konnte – im Gegensatz zur Ersten Internationale – einen Massencharakter annehmen.

Am 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille wurde am 14.7.1889 in Paris die Zweite Internationale gegründet. Der 1. Mai als internationaler Kampftag geht auf einen Beschluß dieses Gründungskongresses zurück.

Reformismus

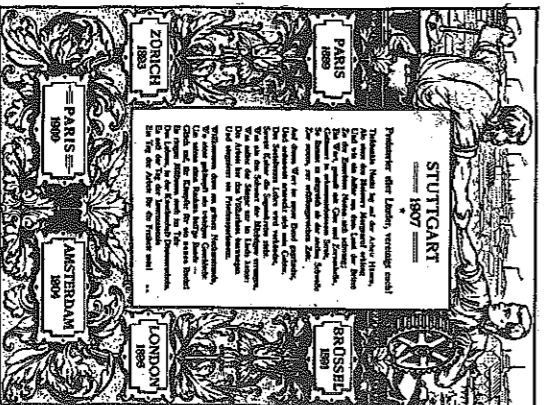
Wegen des anhaltenden Aufschwungs gerieten die Führungskreise der internationalen Sozialdemokratie zunehmend unter den Druck und den Einfluß ihrer kapitalistischen Umwelt. Kompromisse und Verhandlungen über Kleinigkeiten mit den Vertretern der herrschenden Klasse wurden ihnen zur Gewohnheit. Während das Elend in den Kolonien wegen der unbeschränkten imperialistischen Ausplünderung absolut zunahm, erhielten die Arbeiter in Europa aufgrund des Drucks ihrer Massenorganisationen höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen. Vor

allem aber verbesserten sich die Lebensbedingungen der parlamentarischen Vertreter und Funktionäre der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Schließlich hatte sich der Charakter der Führung der proletarischen Massenorganisationen vollständig verändert. Noch immer unterstützten diese Leute in Worten die Ziele des Sozialismus, noch immer verkündeten sie in wohlklingenden Worten den Internationalismus, aber in der Praxis hatten sie sich auf den Standpunkt der Verteidigung des kapitalistischen Systems und ihrer jeweiligen Nationalstaaten gestellt. Dieser sich allmählich vollziehende, politische Verfall von Teilen der internationalen Sozialdemokratie wurde erst bei Ausbruch des 1. Weltkrieges offenkundig.

SPD

Die deutsche Sozialdemokratie war für diese Entwicklung das beste Beispiel. Aufgebauert auf dem Erbe von Marx und Engels, angezogen zu einer echten Massenpartei der Arbeiterklasse war sie die führende Partei, der ganze Stolz der Sozialistischen Internationale. Jahrzehntlang hatten die SPD-Führer die historische Aufgabe der Sammlung der proletarischen Massen erfüllt. Als sich Anfang des 20. Jahrhunderts die Weltlage und die Klassenverhältnisse in Deutschland verschärften, waren sie nicht mehr instande, die neuen Aufgaben einer neuen Periode zu erfassen und entsprechende Kampfmethoden anzuwenden. Der rechte, offen reformistische Parteiflügel um Bernstein gewann immer mehr Einfluß. Der SPD war das



Titelseite der Zeitung der württembergischen SPD am 17.8.1907.

revolutionäre Rückgrat gebrochen. Diese Wendung innerhalb der SPD konnte auf die II. Internationale nicht ohne Auswirkung bleiben, wie sich 1907 in Stuttgart zeigte.

Zwischen dem Amsterdamer und Stuttgarter Kongreß lag das größte historische Ereignis der Arbeiterbewegung seit der Pariser Kommune: die russische Revolution von 1905. Aber die Führer der II. Internationale hielten es nicht für nötig, die Bedeutung dieser

Revolution deutlich zu machen und aus ihrer Niederlage die Lehren zu ziehen. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen folgende Punkte:

1. Die Kolonialfrage
2. Frauenstimmrecht
3. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und Gewerkschaften
4. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter
5. Der Militarismus und die internationalen Konflikte

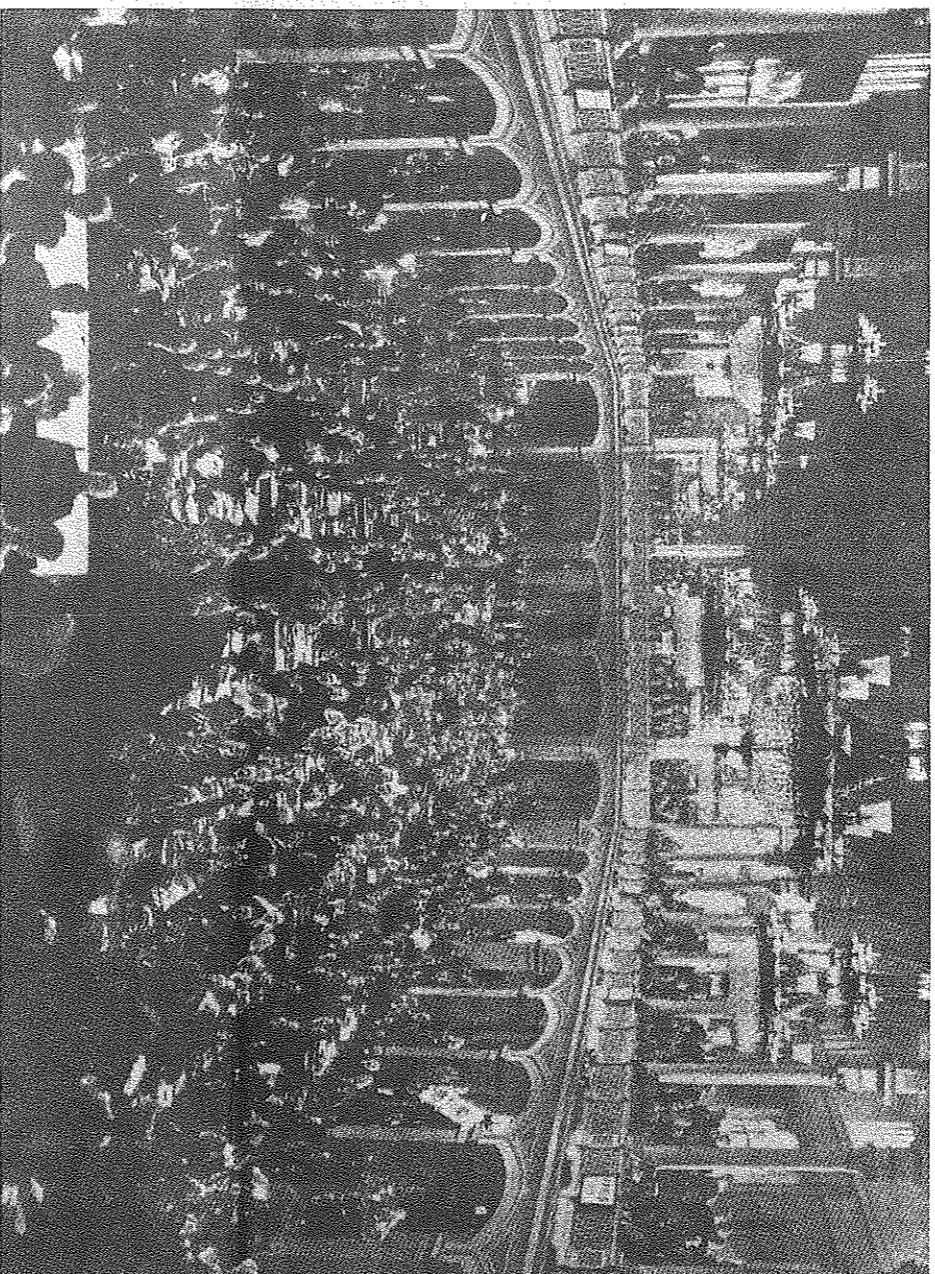
Kolonialpolitik

Die früheren Kongresse hatten die Kolonialpolitik prinzipiell abgelehnt. Diese Position wurde in der Antragskommission nur noch von einer kleinen Minderheit verteidigt. Für die Reformi-

werkchaften versuchten sie, sich der Verpflichtung zur Umsetzung der radikalen Kongreßbeschlüsse zu entziehen. Dieser Versuch scheiterte jedoch auf dem Kongreß.

Ausländerfrage

In der Diskussion über die Ein- und Auswanderung der Arbeiterklasse setzte sich die Kluft zwischen Marxisten und Reformisten fort. Die Reformisten brachten die Beschränkung der „Überstellungsfreiheit“ für rückständige Arbeiter aus unterentwickelten Ländern in die Diskussion. Der Kongreß lehnte das ab und forderte stattdessen die „Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande



Eröffnungssitzung des Kongresses im Festsaal der Liederhalle 18. August 1907

sten war die Unterstützung ihrer Kolonialpolitik ein Kernpunkt ihrer Politik. Mit der Begründung, daß kein direkter Übergang von der Barbarei zum Sozialismus möglich sei, wurde die gewaltsame Einbeziehung der unterentwickelten Länder in das kapitalistische Weltsystem gerechtfertigt. Außerdem wurde erklärt, daß Europa die Kolonien brauche wegen der unentbehrlichen Rohstoffe, als Auswanderungsgebiet für die Überbevölkerung und schließlich als Absatzgebiet für die Überproduktion der europäischen Industrie.

Im Resolutionsentwurf stand der Satz: Der Kongreß „verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime politisch wirksam wirken können“. Der Kongreß folgte nicht der reformistischen Mehrheit der Antragskommission, sondern dem Änderungsantrag der Minderheit. Danach wurde mit einer Mehrheit von 127 zu 108 Stimmen der Satz über die „sozialistische Kolonialpolitik“ gestrichen und durch die bis dahin schärfste Verurteilung der Kolonialpolitik durch einen Sozialistenkongreß ersetzt. Allerdings entwickelte die Linke auch keine Perspektiven darüber, wie die sozialistische Revolution der entwickelten und unterentwickelten Länder miteinander verknüpfen könnte. Sie hatte keine Vorstellung, welche Haltung ein sozialistisches Regime eines Industriestaates gegenüber den unterentwickelten Ländern einnehmen müßte.

Gewerkschaften

In der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften vertrat die Mehrheit der Neutralität der Gewerkschaften durchzusetzen. Die Hälfte der deutschen Delegation waren Gewerkschaftsführer. Sie bildeten einen Teil des rechten Flügels auf dem Kongreß. Mit der Neutralität der Ge-

und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen auszuschießen oder sie ihnen erschweren...

Frauenwahlrecht

Gleichzeitig mit dem Sozialistenkongreß fand in Stuttgart 1907 zum ersten Mal eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz und der Gründungskongreß der Sozialistischen Jugendinternationale statt. In der Diskussion über das Frauenstimmrecht begrüßte der Kongreß ausdrücklich die Abhaltung der Frauenkonferenz und verpflichtete in einer einstimmig angenommenen Resolution alle nationalen Parteien zum Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht.

Militarismus

Das bedeutendste Ergebnis des Stuttgarter Kongresses war die Resolution zum Tagesordnungspunkt: Der Militarismus und die internationalen Konflikte, Grundlage der Diskussion war ein Resolutionsentwurf von August Bebel. Bebel hielt eine Rede, in der ein Abschwanken von der revolutionären Vergangenheit offensichtlich wurde. Die Rede wurde von allen Seiten heftig kritisiert. Die tiefen Gegensätze unter den Delegierten waren kaum zu überbrücken. Erst ein radikaler Zusatz zur Resolution Bebel, von Rosa Luxemburg und den russischen Delegierten Lenin und Marrow eingebracht, ermöglichte einen Kompromiß und die einstimmige Annahme der Resolution. Luxemburg, Lenin und Marrow gelang es mit ihrem Zusatzantrag, dem revolutionären Marxismus zum Sieg zu verhelfen. Die Sozialisten wurden verpflichtet, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen bzw. für deren rasche Beendigung zu kämpfen, sondern auch „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrittelung des Volkes auszunutzen

und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

Der Kongreß endete mit folgenden Worten des Kongreß-Vorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Paul Singer: „Jeder gehe mit dem Bewußtsein in sein Land zurück, weiter zu arbeiten, weiter zu wirken, die Arbeiterklasse der Welt zu organisieren, ihre Herzen und Köpfe zu revolutionieren, um sie reif zu machen für den einstufigen großen Entscheidungskampf (das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle: stürmischer, langanhaltender Beifall?). Kameraden! Mit dem Wunsch auf Wiedersehen in Kopenhagen schließe ich den Kongreß mit unserem alten Kampfruf: Hoch die internationale, revolutionäre Sozialde-

mokratie und das Proletariat aller Länder!“
1912 fand vor dem Hintergrund der unmittelbaren Gefahr des Weltkrieges der letzte Kongreß der II. Internationale statt. In dem vom Kongreß einstimmig angenommenen „Manifest der Internationalen“ wurden die entscheidenden Absätze der Stuttgarter Resolution gegen den Krieg zitiert. Mit allen Mitteln (einschließlich Generalstreik und Bürgerkrieg) sollte ein sinnloses Gemetzel zwischen den Völkern verhindert werden. Das war das letzte Wort der II. Internationale vor dem Krieg.

Erster Weltkrieg

Zwei Jahre später stimmten die Parlamenfraktionen der großen Parteien der Internationale in Deutschland wie in Frankreich für die Kriegskredite. Fast alle Führungen der Parteien der II. Internationale gingen mit Kriegsausbruch in das Lager ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisie über, die sie vorher für die Kriegstreiberi verantwortlich gemacht hatten. Sie stellten sich „mit dem Willen zum Siege“ und zum „Durchhalten“ auf Seite der noch unlängst als Vertreter gebrandmarkten herrschenden Klassen und ihrer Regierungen, schlossen sich mitverantwortlichen und machten sich mitverantwortlich, daß sich die Arbeiter aller Länder gegenseitig auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges ermordeten.

Dieses Vergehen am Sozialismus kam so unerwartet, daß selbst Lenin die Aussage des „Vorwärts“, die sich für die Zustimmung zu den Kriegskrediten aussprach, für eine Fälschung des deutschen Generalstabs hielt. Die in jahrzehntelanger Arbeit mit großen Opfern aufgebaute Internationale brach damit bei ihrer ersten ernsthaften Bewährungsprobe innerhalb weniger Tage zusammen.

Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied

Sri Lanka Abkommen bringt keinen Frieden

Anfang August 1987 unterzeichneten der indische Premierminister Gandhi und der Präsident von Sri Lanka, J. R. Jayewardene, einen Vertrag, der nach 4 Jahren Bürgerkrieg Sri Lanka den Frieden bringen sollte. Was er aber brachte: Ausdehnung der Kämpfe, Hunderte von Toten, Tausende von Flüchtlingen. Die vielfältigen Probleme auf Sri Lanka lassen sich nicht mit Verträgen lösen. Wie es zur jetzigen Situation kam, erklärt der folgende Artikel.

Bevor sie 1833 durch den britischen Imperialismus zu einer Kronkolonie zwangsvereintigt wurden, lebten die hinduistischen Ceylon-Tamilen im Norden und die buddhistischen Singhalesen im Süden Sri Lankas in zwei getrennten Königreichen. Die britischen Imperialisten benutzten die besser gebildete tamilische Oberschicht als Personal für ihren kolonialen Staatsapparat. Diese Zusammenarbeit von tamilischer Oberschicht und britischem Imperialismus rief die Feindseligkeit der Singhalesen hervor.

Zur Bearbeitung der riesigen britischen Teeplantagen im Norden ließ sich die Masse der Kleinbauernlichen Ceylon-Tamilen nicht bewegen. Die Briten importierten daher vor rund 150 Jahren die Indier-Tamilen aus dem Süden Indiens. Sieher schafften sie unter den menschenwürdigsten Bedingungen auf den Plantagen und tragen mit ihrer Arbeit wesentlich zum Reichtum der Insel bei.

Unabhängigkeit

1948 kam es in Sri Lanka zu einer großen Streikbewegung der Arbeiterklasse. Um zu vermeiden, daß die Arbeiter im Lande die Macht übernehmen, übergab Großbritannien die herrschende Klasse die Macht an die einheimische Bourgeoisie. Die Regierung wurde von der rechten bürgerlichen UNP und der damaligen Partei der tamilischen Oberschicht, der Federal Party, gebildet.

Die SLFP, eine bürgerlich-liberale Abspaltung von der UNP, nutzte die Wut über die Privilegierung der Ceylon-Tamilen und stellte sich als einzige Repräsentanten der buddhistischen Singhalesen dar. Sie zog mit dem Versprechen in die Wahlen, Singhalesisch als Amtssprache und Buddhismus als Staatsreligion einzuführen. Mit dieser nationalistischen Demagogie wurde sie 1956 Regierungspartei. Von da an wurden die Tamilen beim Zutritt zu Schulen, Unis, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen diskriminiert. 1958 kam es daher zu den ersten gewalttätigen Zusammenstößen zwischen den Volksgemeinschaften.

Volkfront-Regierung

Auch unter der Volkfrontregierung von SLFP und den Arbeiterpartei LSSP (Sozialisten) und Kommunistische Partei KPSL in den Jahren 1970-77 waren die Tamilen ständiger Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt, was beiden Arbeiterparteien ihr Ansehen unter den Tamilen kostete und weiteren Zulauf zu Tamilenorganisationen brachte, die die einzigen Überlebenschancen in einem eigenen Staat sahen.

Sri Lanka war eines der wenigen „3. Welt“-Länder, in dem die Massen während des Nachkriegsaufschwungs keinen absoluten Rückgang des Lebensstandards erlitten. Eine relative wirtschaftliche Stabilität und vor allem der Druck der sozialistischen Parteien LSSP führten zu steigendem Lebensstandard sowie weitreichenden

weiter zu schwächen und zu unterdrücken. Die Pogrome gerieten jedoch außer Kontrolle. In der Hauptstadt Colombo sahen Teile der rückständigen und ins Lumpenproletariat hinabgesunkenen Schichten der singhalesischen Slum-Bevölkerung in den Plünderungen und Zerstörungen den Plünderungen und Zerstörungen tamilischen Eigentums eine willkommene Gelegenheit, unter dem Schutz der Polizei und Armee ihre angestaute Wut und Frustration zu entladen. Die Folgen waren verheerend und keineswegs die, die sich J. R. und die singha-

lesische Bourgeoisie wünschen konnten. Allein in der Textilindustrie wurden durch die Unruhen 13.000 Arbeitsplätze zerstört. Der Tourismus, eine Hauptertragsquelle, ging zwischen 83 und 86 um 40% zurück. Gleichzeitig begannen sich diejenigen Faktoren, die 1977-84 einen Aufschwung ermöglicht hatten, in ihr Gegenteil zu verkehren. Ausländische Investitionen und Hilfen gingen zurück, die große Auslandsverschuldung wurde zum Problem, denn die Exporte und die Preise für die Haupt-Exportgüter Tee, Gummi, Kokosnüsse und Textilien sanken.

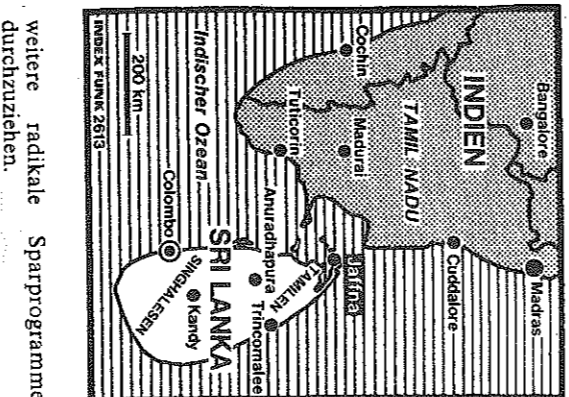


Tamilische Flüchtlinge in Indien: Das Friedensabkommen löst ihre sozialen Probleme nicht.

Nach den 83er Unruhen wuchs die Guerilla, die zuvor keinen entscheidenden Einfluß ausübte, zur bedeutendsten Kraft im Norden auf der Jaffna-Halbinsel und im Osten an.

Unter den 5 rivalisierenden Guerilla-Gruppen konzentrierte sich die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ LTTE nach blutigen Kämpfen durchsetzen. Die singhalesische Armee war zur Besatzungszusammen in einem fremden Gebiet geworden. Bombenattentate der Guerilla auf singhalesische Zivilisten und Vergeltungsschläge der Armee gegen die tamilische Bevölkerung führten zu einer wachsenden Entfremdung der Volksgruppen untereinander und zu massiven Flüchtlingsströmen. Tamilen wanderten aus dem Süden in den Norden, Singhalesen in die umgekehrte Richtung: 150.000 Tamilen flüchteten in den südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, der von 50 Mio. Tamilen bewohnt wird. Dort unterhielt die Guerilla ihre Ausbildungslager, von dort bezog sie ihre oft hochmodernen Waffen. Mochte J. R. noch so viel Mann starken singhalesischen Armee ausgeben, - zwischen 1977 und 1986 1/6 des Gesamtstaats - militärisch war er nicht in der Lage, die Guerilla zu schlagen.

Guerilla-Kampf



weitere radikale Sparprogramme durchzusetzen.

Ein Generalstreik 1980 konnte zwar niedergeschlagen werden, und es gelang auch 1983 die Arbeiterpartei NSSP und KPSL für befristete Zeit in den Untergrund zu vertreiben. Beides waren nicht zu unterschätzende Niederlagen für die Arbeiterklasse. Dennoch waren J. R. und die singhalesische Bourgeoisie durchaus nicht als Sieger aus dem Bürgerkrieg gegen die Tamilen hervorgegangen.

Pogrome

Die 1983 vom UNP-Regime selbst angezettelten Verfolgungen der Tamilen hatten das Ziel, die Opposition

esse des indischen Imperialismus zunehmend Druck auf die Guerillaführung und J. R. aus, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Die singhalesische Bourgeoisie und J. R. befanden sich in einer auswegslosen Situation. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als Zugeständnisse an die Tamilen zu machen und einer gewissen Autonomie für die tamilischen Gebiete zuzustimmen, wollten sie für sich Schlimmeres vermeiden. Genau so war die Guerilla-Führung gezwungen, Absprüche von ihrer Forderung

zunehmenden Isolation der LTTE und dem Friedenswunsch der tamilischen Bevölkerung auch vorläufig gelingen wird.

Perspektiven

Aber auf längere Sicht, wenn die tamilischen und singhalesischen Massen erkennen, daß das Abkommen keines der sozialen Probleme löst, die dem nationalen Konflikt zugrunde liegen, werden Unruhen und Widerstand wieder anwachen. Die indischen Truppen werden dann nicht mehr als „Friedenswahrer“, sondern als Besatzer betrachtet werden. Die Arbeiterpartei und Gewerkschaften müssen erklären, daß das Abkommen nur den Interessen der kapitalistischen Regierungen Indiens und Sri Lankas dient. Sie müssen die tamilischen und singhalesischen Arbeiter und Bauern auf der Grundlage des Kampfes für demokratische Rechte, bessere Lebensbedingungen und eine soziale Zukunft vereinigen.

Dieter Janssen, Stuttgart
Jungsozialist

Das Abkommen von Colombo:

Sri Lanka wird in fünf Provinzen aufgeteilt. Die Zentralregierung bleibt in Colombo. Die Provinzen werden von Gouverneuren regiert, die von Colombo ein- und abgesetzt werden. Abhaltung eines Referendums in den Ostprovinzen Ende 1988, in dem die dortigen Tamilen, Singhalesen und Mohammedaner abstimmen, ob der Norden und Osten zu einer Provinz zusammengelegt werden. Amnestie für alle politischen Gefangenen, sobald die Guerilla die Waffen abgegeben hat. Überwachung der Waffenabgabe durch die indische Armee. Rückkehr der tamilischen Flüchtlinge aus Südländern nach Sri Lanka. Anerkennung von Englisch und Tamilisch als offizielle Landessprache. Eine „indische Friedensstruppe“ kann von Sri Lanka „eingeladen“ werden, um die Einstellung der Feindseligkeiten durchzusetzen oder zu garantieren.

Internationale Notizen



Libanon

2250 Schulen blieben geschlossen, weil 60.000 Lehrer in einem unbefristeten Streik für höhere Löhne traten. (21.10.87)

Sowjetunion

Der Vorsitzende einer sowjetischen Kolchose trat in einen Hungerstreik, weil er im Rahmen des „Demokratisierungsprozesses“ von den Arbeitern aus seinem Amt gewählt wurde. (21.10.87)

In Likino, einer Stadt im Ural, streikten die Arbeiter einer Fabrik, die Busse herstellt. Sie protestierten gegen Lohnverluste und längere Arbeitszeiten. (16.10.87)

Philippinen

Generalarbeitsstreiks erschüttern das Land. Die Arbeiter fordern die Anhebung des Mindestlohns (das wäre die erste Erhöhung seit 1984) und Anerkennung der Gewerkschaften. Streikposten trugen Plakate mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Imperialismus“ und anderen Parolen gegen den Kapitalismus. (16.10.87)

Israel

Über 150.000 Arbeiter im öffentlichen Dienst traten in einen einwöchigen Streik. Sie verlangten Lohnerhöhungen. (21.9.87)

USA

Die Arbeiter bei General Motors und ihre Gewerkschaft UAW haben einen großen Sieg errungen: Sie schlossen einen Vertrag ab, in dem weitreichende Arbeitsplatzgarantien gegeben wurden. (12.10.87)

Österreich

Studenten legen in Österreich mit einem unbefristeten Vorlesungsboykott alle Universitäten lahm. Ihr Protest richtet sich gegen die geplanten Kürzungen der staatlichen Hilfen für Studenten.

Griechenland

Mehr als 400.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Bankarbeiter streikten 24 Stunden gegen einen Gesetzesentwurf, der die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bedroht. (30.9.87)



Indische Truppen vor Jaffna: Friedensstifter oder Besatzer?

Tarifrunde im Einzelhandel Hände Weg vom Ladenschwur!

1830 Feierabend

Gewerkschaft
HBV im DGB
Münster
Köln

Im Verein mit der Bonner Wenderregierung versuchen die Arbeitgeber im Einzelhandel derzeit eine Bresche für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu schlagen. Das Ladenschlussgesetz soll aufgeweicht werden, um längere Öffnungszeiten im Einzelhandel durchzusetzen. Die Regierung, besonders die FDP, will einen „Dienstleistungsabend“ einführen, an dem die Geschäfte (aber auch Behörden) bis 21.30 Uhr geöffnet haben – angeblich aus Gründen der „Verbraucherfreundlichkeit“.

Mit diesem Argument wird versucht, Verbraucher gegen die Beschäftigten im Einzelhandel auszuspielen. Aber die Masse der Verbraucher ist auch abhängig beschäftigt. Auch sie werden letztlich die Betroffenen sein, wenn den Unternehmen in einer Branche der Durchbruch in Richtung flexible Arbeitszeiten gelingt. Die Arbeitgeber im Einzelhandel wünschen sich schon lange die sogenannte „karpatisorientierte, variable Arbeitszeit“ (KAPOVAZ), d.h. die Anpassung der Arbeitszeit an die Stoßzeiten im Geschäft. Und die Unternehmer anderer Branchen wünschen sich eine Anpassung der Arbeitszeit an Auftragslage und Auslastung der Maschinen.

Schlechte Arbeitsbedingungen

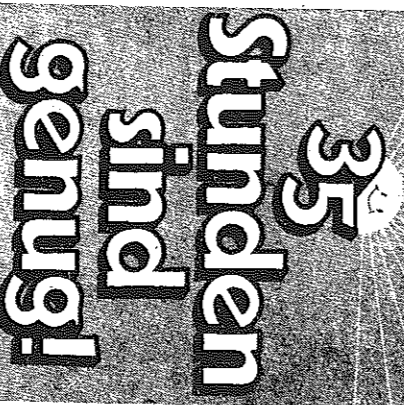
Ziel ist allgemein der „Arbeitnehmer auf Abruf“, mit allen Folgeerscheinungen wie: unregelmäßige Arbeitszeiten, negative Auswirkungen auf Freizeit und Familienleben, Auszahlung von Schicht- und Wochenentgelt, Abbau der Stammbesetzungen zugunsten von mehr Teilzeit-, Aushilfs- und Zeitarbeitskräften.

ÖTV-Spitze muß Kampffront organisieren: 35-Stunden-Woche sofort!

Trotz Wirtschaftsaufschwungs ist die Zahl der Arbeitslosen unverändert hoch. Und bis heute gilt im öffentlichen Dienst immer noch die 40-Stunden-Woche. Damit muß endlich Schluss sein! Die Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes muß deshalb vor allen anderen heißen: Arbeit für alle! Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Dies wurde auf der Kundgebung am 19. September in der Gruga-Halle in Essen deutlich, an der sich mehr als 8000 Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, von Erziehung und Wissenschaft, der Eisenbahner, der Post, der Polizei und von Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft beteiligten. Diese Kundgebung bildete den Auftakt zur diesjährigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies erklärte unter dem stimmungsbildenden Titel der Anwesenden: „Arbeit für alle statt Arbeitslosigkeit für Millionen, das ist unser gemeinsames Ziel. Wochenarbeitszeitverkürzung ist die beschäftigungswirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung. Die 35-Stunden-Woche könnte im gesamten öffentlichen Dienst 350.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. (...) Die öffentlichen Arbeitgeber müssen sehen, daß wir den Konflikt nicht scheuen. Wir werden uns nicht mit Appellen an die Fürsorgepflicht der Arbeitnehmer begnügen. Auch der öffentlichen Dienst ist bereit, für kürzere Arbeitszeit zu kämpfen.“



Wie muß nun für uns Arbeiter dieser Kampf aussehen? Wir müssen in den Betrieben und Verwaltungen unsere Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche überzeugen. Und wir müssen unsere Gewerkschaftsführer auch immer wieder dazu anspornen, ihre Reihen auch in die Tat umzusetzen, damit sie nicht etwa einem Angebot der Ar-

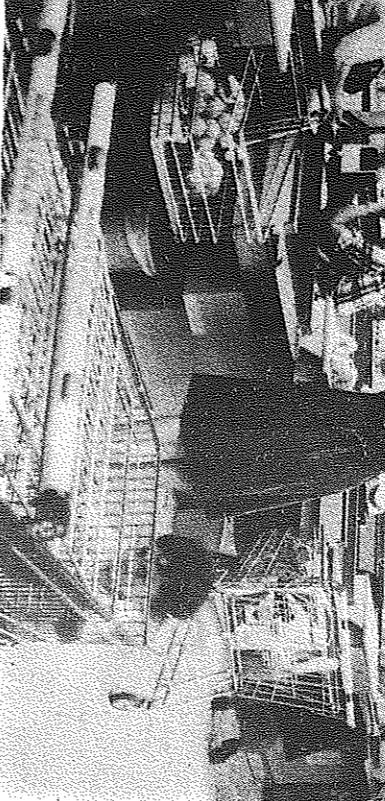
Kampf organisieren!

Wie muß nun für uns Arbeiter dieser Kampf aussehen? Wir müssen in den Betrieben und Verwaltungen unsere Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche überzeugen. Und wir müssen unsere Gewerkschaftsführer auch immer wieder dazu anspornen, ihre Reihen auch in die Tat umzusetzen, damit sie nicht etwa einem Angebot der Ar-



beitsbedingungen im Einzelhandel sind ohnehin auch jetzt schon sehr schlecht: Arbeitszeit bis 18.30 Uhr und darüber hinaus, Samstagsarbeit, langen, viel Streik in Stoßzeiten, zunehmende Arbeitsheize durch Personalarbbau.

Die HBV schätzt, daß in den letzten 5 Jahren 147.000 Vollzeitarbeitsplätze abgebaut wurden. Gleichzeitig wurden 36.500 Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet – der Trend zum Abbau von Vollzeit- und Stammpersonal wird hier deutlich.



Arbeitsplatz Supermarkt: viel Streik und miese Bezahlung.

Wohnungsnot

Enteignet die Mietraie und Spekulanten!

Die Wohnverhältnisse in der Bundesrepublik sind nicht so rosig, wie die CDU immer behauptet. Nachdem allmählich das Bundesgesetz „Abbau der Wohnungszwangswirtschaft“ von 1960 greift, stiegen die Mieten in Altbauten kräftig an.

Denn Wohnungsinhaber hatten die Möglichkeit, die öffentlichen Mittel vorzeitig zurückzahlen. Mit der Rückzahlung entfällt für alle Wohnungen die Sozialbindung und für die nicht gemeinnützigen Bestände außerdem noch die Preisbindung. Damit sollte der Markt dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen werden.

Für eine Großstadt wie Hamburg bedeutet das: 1985 gab es hier ca. 325.000 geförderte Sozialmietwohnungen, d.h. etwa die Hälfte aller Hamburger Wohnungen. Bereits im gleichen Jahr fielen 20.000 aus der Sozialbindung heraus. Bis 1990 soll der Anteil an Sozialwohnungen nur 250.000 und im Jahre 2000 sogar nur noch ca. 100.000 betragen. Was sind die Folgen für die Mieter? Zur einen rapide Mieterhöhungen, wenn die Wohnungsmarkt angeboten werden, insbesondere seit Anfang der 70er Jahre Stadtsanierungsprogramme laufen, die die Wohnungen zwar besser ausstatten, doch auch erheblich verteuern. So kostete in Hamburg eine 50qm große Wohnung in normaler Wohnlage (was immer das sei) 1985 nach dem Mietspiegel noch 315,50 DM, kalt und ohne Betriebskosten. Die gleiche Wohnung kostete 1986 bereits 337,50 DM, d.h. 6% mehr. Mit den Heiz-, Betriebs- und Stromkosten kommt der Mieter schnell auf 600,- DM

Mietwucherei

Doch damit nicht genug. Sei die Mieten durch das Vergleichsmietensystem erhöht werden, treibt jede erhöhte Miete auch die Vergleichsmiete hoch, und damit können die Vermieter die nächste Mieterhöhung begründen ...

Auf dem Sozialwohnungssektor sieht es nicht viel besser aus. Schon heute ist der Quadratmeterpreis um 7,80 nicht gerade wenig, und nach den derzeitigen Preiserhöhungen würde er bis zum Jahr 2000 sogar auf 18-20

Hause, besonders in den ersten Berufsjahren oder bei Eingruppierung in Steuerklasse 5, was bei vielen verheirateten Frauen der Fall ist oder bei Kräfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Diese miesen Arbeitsbedingungen dürften durch verlängerte Öffnungszeiten nicht noch weiter verschlechtert werden. Wenn deutliche Arbeitszeitverkürzungen in allen Branchen erkämpft werden, dann reichen die bestehenden Öffnungszeiten vollkommen aus, um in Ruhe einkaufen zu gehen.

Die Gewerkschaften versuchen zur Zeit, die längere Ladenöffnung durch Abschluss eines neuen Tarifvertrages „Arbeitszeitende im Verkauf“ zu verhindern.

Die Gewerkschaften versuchen zur Zeit, die längere Ladenöffnung durch Abschluss eines neuen Tarifvertrages „Arbeitszeitende im Verkauf“ zu verhindern.

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle, damit mehr Zeit zum Einkaufen zur Verfügung steht

- Zur allgemeinen Entlastung Berufstätiger mehr (und kostenlose) Kindertagen/Kindertagesstätten sowie öffentlich subventionierte Restaurants
- Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen; für einen Mindestlohn von 1500,- DM netto
- Übernahme der Auszubildenden, Arbeitsplatzgarantie für alle

Fiz Garvie, Köln
HBV-Mitglied

DM ansteigen. Die Folge davon ist, daß einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen einen steigenden Anteil für Mieten aufbringen müssen. Dabei sind die Realinkommen vieler Haushalte seit 1979 ständig gesunken, wenn sie nicht sowieso von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

2,8 Mio. Menschen erhielten bereits 1985 Sozialhilfe. Und gerade die schon benachteiligten Gruppen können sich auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr aussuchen, wie und wo sie wohnen möchten. Denn schnell ist die Grenze der finanziellen Belastbarkeit erreicht. Das Einkommen reicht gerade aus, um die Familie zu ernähren, ein paar Anschaffungen zu machen. Ein junger Mensch muß nicht selten Kredite aufnehmen, um eine Wohnung zu finanzieren. Denn wer hat schon das Geld für die Kaution, die eventuelle Maklergebühr und die Einrichtung? Andererseits sind die Wohnungen für Kleinfamilien gebaut worden und damit zu klein, um noch als Erwachsener bei den Eltern leben zu können. Wird dann noch jemand aus der Familie arbeitslos – und das kann jedem passieren, und zwar schneller als man denkt – ist die Folge ein noch geringeres Familieneinkommen. Die Schulden können nicht mehr zurückbezahlt werden, es reicht gerade für das Nötigste.

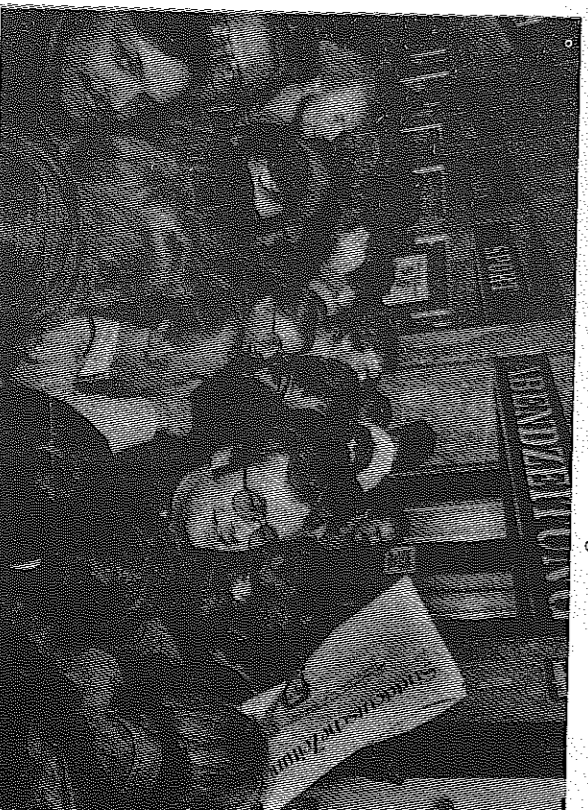
Sozialer Abstieg

Die Miete kann nicht mehr bezahlt werden. Nach drei Monaten wird die Wohnung gekündigt. Das Sozialamt weist die Familie in sogenannte Obdachlosensiedlungen ein. Die Spirale ist perfekt, denn Menschen aus diesen Siedlungen haben kaum noch die Chance, eine Arbeit zu finden.

So darf es nicht weitergehen:

- Sofortiger Mietpreistorp und Begrenzung der Warmmieten auf höchstens 20% des Nettoeinkommens
- Überführung aller Wohnungen in Gemeineigentum, die aus spekulativen Gründen leerstehen; Legalisierung aller Besetzungen leerstehender Häuser
- Verstaatlichung der Banken und Bausparkassen; Bereitstellung zinsloser Kredite zur Finanzierung eines staatlichen Wohnungsbauprogramms; umfassende Altbaumodernisierung ohne Mietssteigerungen.

Elke Prengel und
Bettina Grundmann
Hamburg



Wohnungssuchende in München: Die Mieten verschlingen einen steigenden Anteil am Nettoeinkommen.

VORAN

Juso-Jugendkampagne: Forderungen und Aktionsbeispiele

Mehr Rechte für Auszubildende!

„Wer arbeiten will, der findet auch was“ – wer kennt nicht diese Sprüche? Und die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit scheint das noch zu belegen: Am 20. September (Stichtag) gab es bundesweit noch 44.500 offene Lehrstellen. Gleichzeitig waren noch 34.200 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Da könnte man ja wirklich glauben, den Jugendlichen ginge es zu gut oder sie sind schlichtweg faul. Sieht man genauer hin, lassen sich die Gründe für die anscheinend so unverständliche Verhaltensweise der Jugendlichen leicht erkennen.

Viele der angebotenen Lehrstellen befinden sich in Süddeutschland, viele der jungen Leute, die einen Ausbildungsplatz suchen, leben jedoch im Norden der Republik. Wie soll aber ein Auszubildender seinen Lebensunterhalt in einer anderen Stadt von seiner mageren Ausbildungsvergütung finanzieren? Das geht nur, wenn die Eltern erheblich beisteuern. Wer gibt schon gerne seine Freunde, seine verträute Umgebung zum Beispiel in Leer in Ostfriesland (wo inzwischen jeder 2. unter 30 keine Arbeit hat) auf, im

Ausbildung für die Arbeitslosigkeit?

Außerdem: 2 Mio. Jugendliche, die in den letzten Jahren in Berufen wie Bäcker, Metzger oder Friseur die Gesellenprüfung erfolgreich abgelegt haben, werden keinen Arbeitsplatz finden. Warum sollte man also die harte, total unterbezahlte 3jährige Lehre auf

sich nehmen, um dann doch auf der Straße zu stehen?

Hauptsächlich bleiben die von kleinen Handwerksbetrieben angebotenen Lehrstellen unbesetzt. Hier wurden wesentlich mehr Lehrstellen angeboten als hinterher übernommen werden können. Denn in vielen dieser Betriebe läßt sich ein Auszubildender vom ersten Tag an gewinnbringend einsetzen. (Oft bezahlt sogar das Arbeitsamt noch einen Teil der Kosten, weil der Unternehmer ja so nett war und einen Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt hat!)

Gerade in den kleinen Betrieben hat

man es als Auszubildender besonders schwer. Häufig ist die Ausbildung sehr spezialisiert und begrenzt, der Ausbilder hat zu wenig Zeit, sich intensiv um die Betreuung zu kümmern. Außerdem wird gerade hier am häufigsten gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen. Obwohl die Kohortierung 1984 dieses Gesetz im Interesse der Unternehmer gelockert hat, stellt das Gewerbeaufsichtsamt jährlich immer noch 50.000 Verstöße gegen die Verordnung fest. Und da es in Klein- und Mittelbetrieben in den allerersten Fällen Gewerkschaften, Betriebsräte oder gar Jugendvertreter gibt, kann sich der Auszubildende gegen

solche Verstöße nur schwer wehren. Beschwert er sich dennoch, so riskiert er, daß ihm mit dem Hinweis „Wenn's dir nicht paßt, kannst du ja gehen“ die Tür gewiesen wird.

Ausbildung raus aus Unternehmerhand

Sicher brauchen wir Lehrstellen für alle – aber unünftige, in Berufen mit Zukunftsaussichten! Um allen Auszubildenden eine optimale Ausbildung zu gewährleisten, muß sie raus aus Unternehmerhand und unter demokratische Kontrolle von Gewerkschaften, Azubis und Staat gestellt werden. Wir brauchen mehr qualifizierte hauptberufliche Ausbilder. Auch brauchen Jugendliche in der Ausbildung genug Geld, um ein unabhängiges Leben führen zu können. Und um unsere Interessen durchsetzen zu können, brauchen wir das garantierte Recht, uns in den Betrieben gewerkschaftlich zu organisieren. Wir brauchen Jugendvertreter, die von Auszubildenden unabhängig vom Alter gewählt werden können. Wir brauchen das Streikrecht als zentrales Mittel, unsere Forderungen gegen die Profitinteressen der Unternehmer durchzusetzen.

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin

Strassenbahn und Busse sind zu teuer!

Kampagne der Juso-AG Kassel-West

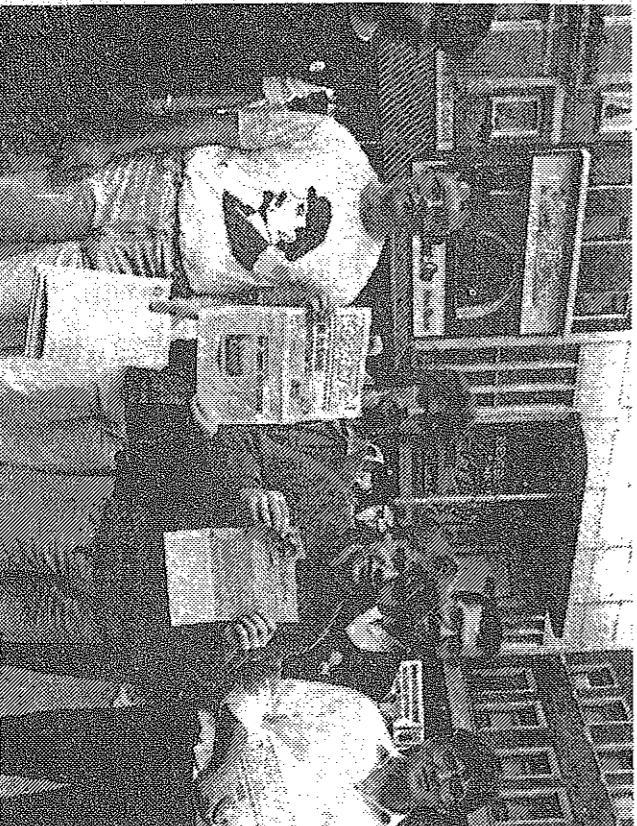
Kassels Juso-AG West hat sich der KVG (Kasseler Verkehrs-Gesellschaft) angenommen. Seit Jahren schon hat Kassel immer wieder Smog-Alarm. Durch das große Einzugsgebiet – Pendler aus ganz Nordhessen – kommt es zu täglichen Staus. Die KVG fährt nur noch Defizite ein, die bisher noch durch die Träger Stadt und städtische Werke abgefangen werden. Die Folgen sind: Die KVG betreibt Einstellungsstopp, schraubt die Preise in die Höhe und setzt weniger Züge und Busse ein; halbstündige Wartezeiten sind nicht selten (auch durch den PKW-Verkehr).

Hemmschube sind neben den Finanzen auch das Daimler-Benz-Werk in Kassel und das VW-Werk in Bunnatal. Zwar ist in Kassel nun eine erweiterte Parkgebühren-Zone eingerichtet worden, aber ohne gleichzeitig dazu das KVG-Angebot zu vergrößern. Im Gegenteil, es sind sogar Straßenbahnzüge und Busse gestrichen worden.

Daher startet die Juso-AG Kassel-West eine Kampagne, die ihren vorläufigen Abschluss rechtzeitig zur bundeseitigen Juso-Jugend-Vernachlässigung in Nürnberg (5.12.) haben soll. Wir wollen ein besseres und günstigeres Angebot im öffentlichen Personennahverkehr, besonders für Auszubildende, Schüler und Studenten erreichen. Allgemein soll die KVG ihr Strecken- und Fahrangebot erweitern. Wir sehen diese Aktion auch als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt (Luft und Verkehr) in Kassel. Es wird aber einige Mühen und Anstrengungen kosten, unsere Ziele zu erreichen. Denn wie fast überall kreist auch über Kassel der Pleitegeier.

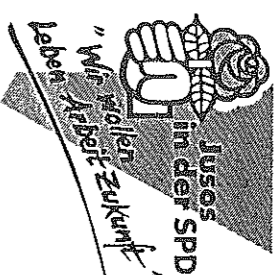
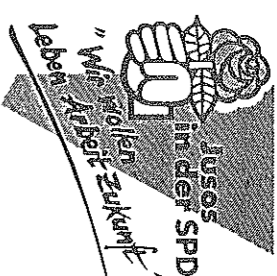
Trotzdem darf eine solche finanzielle Situation niemals ein Hindernis sein oder werden, um für eine bessere Zukunft zu streiten.

Carsten Becker, Kassel
Jungsozialist



Dieses Foto aus einer Aachener Lokalzeitung bezieht sich auf die Aktivitäten von Aachener Jungsozialisten gegen Neonazis. 12 Jusos sollten bei der Polizei vorsprechen, weil sie mit anderen Jugendlichen das Haus des faschistischen FAP-Vorsitzenden mit „Nazis-raus!“-Aufklebern verschönernten.

Schüler und Jugendliche werden des öfteren von Neonazis angepöbel und in einigen Fällen sogar zusammengeschlagen. Die Polizei und die Gerichte verhängen diese Umrübe mit der Methode, die Nazis und deren Gegner wie die aktiven Jusos auf eine Stufe zu stellen. Auf sie können wir im Kampf gegen die Neonazis nicht vertrauen, „nur“ auf unsere eigene Kraft. Schlagkraft bekommt



Nulltarif gegen Großstadtmief! Wir Jusos Stuttgart begannen vier Wochen vor der Aufsichtsratsitzung der Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) am 28. September eine Kampagne gegen die geplante Fahrpreiserhöhung. Wir haben 11.000 Flugblätter verteilt, 800 Plakate geklebt und 2350 Unterschriften gegen Fahrpreiserhöhungen, für Nulltarif und für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gesammelt. Trotz strömenden Regens kamen über 100 Teilnehmer zu der von den Jusos organisierten Demo am 26.9.

Dies alles war nur möglich durch die Unterstützung aktiver Stuttgarter Schüler, die an vielen Schulen für die Kampagne mobilisierten. Jusos warfen im Schüleraktionsausschuß, den sie selbst mitaufgebaut haben, die Frage der drohenden Fahrpreiserhöhung auf und viele Schüler unterstützen begeistert unsere Kampagne, weil sie selbst mit am meisten unter den hohen Preisen und messen Verkehrsbedingungen leiden.

Auch wenn wir diesmal die Fahrpreiserhöhung nicht verhindern konnten – die Stimmung in der Bevölkerung ermutigt uns, weiter für ein menschenfreundliches Verkehrssystem zu kämpfen.

Dorle Zergin, Stuttgart, Jungsozialistin



Ich möchte
VORAN
untersützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Einlesen an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelle Exemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld
ausfüllen und einschicken.)

Postfach Essen, BlZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einlesen an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

Bremenhaven Was tun nach der Schule?

Im Rahmen der Jugendpolitischen Herbstkampagne der Jungsozialisten führt die AG Alt-Lehe/Lehe Neuenahr Aktivitäten zu zwei Themenbereichen. Zunächst wollen wir uns den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Lage junger Frauen u. Mädchen beschäftigen. Ein zweites Themenschwerpunkt soll im Zusammenhang mit der Fragestellung: „Vollschluß daran die Fragestellung: „Vollschluß nach der Schule?“ sein. Die Probleme von Schulabgänger, Lehrstellenuche, Gelegenheitsjobs, Bezahlung, Jugendarbeitslosigkeit, Situation von Auszubildenden usw., so beleuchtet werden.

Zu beiden Themen soll mindestens ein Flugblatt herausgegeben und je eine öffentliche AG-Veranstaltung durchgeführt werden. Infosprache vorm Arbeitsamt, Straßenterviews u.a., runden den Aktionstext ab. Wir haben uns vorgenommen, die bundesweite Abschlussveranstaltung der Jusos in Nürnberg am 5. zu mobilisieren und mit einem 1000-jährigen Leute dorthin zu fahren. Nach der Kampagne haben wir für eine Reihe weiterer Mitstreiter für unsere AG gewonnen!

Bitte Stoewalze, Vorsitzende
Juso-AG Alt-Lehe/Lehe-Nord

Deshalb fordern wir

- Ausbildung raus aus Unternehmerhand! Für eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung!
- Ausbildung für alle Facharbeiterberufe nur noch in spezialisierten betrieblichen Lehrwerkstätten!
- Eine Vergütung von mindestens 1000,- DM netto für alle Auszubildenden!
- Für ein verschärftes Jugendarbeitsschutzgesetz! Keine Ausnahmeregelungen und keine Überstunden mehr! Für ein absolutes Verbot von Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche!
- Streikrecht für Lehrlinge. Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieben und Betriebs!
- Einen garantierten und qualifizierten Arbeitsplatz im erlernten Beruf für alle nach Beendigung ihrer Ausbildung!
- Einen Mindestlohn von 1500,- DM netto für alle Arbeitnehmer über 18 Jahren!